Religionsfreiheit

Am Anfang war die politische Freiheit

Von Hans-Jürgen Bömelburg



Die Fahnen von Solidarnosc erinnern an eine andere polnische Freiheit, die zum Vorbild wurde. Foto: Reuters

Am 28. Januar 1573 gewährt die "Konförderation von Warschau" Angehörigen aller Glaubensbekenntnisse volle Religionsfreiheit. In diesem Dokument hat auch der Dissident seinen ersten Auftritt.

In seinem Testament beschwor der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. in charakteristischem Kauderwelsch 1722 seinen Sohn Friedrich II.: "Mein Sucessor mus auch sehr wenigen permettieren in fremde lender zu reisen [...] dem die dar außer lande dienen seit versicherdt das sie bestendigst nies post walla sein". Das polnische "nie pozwalam" bedeutet "ich erlaube nicht" und stand für den polnischen freiheitlichen Geist im östlichen Preußen, wo man im 17. Jahrhundert wiederholt gegen die fernen Hohenzollern opponiert hatte. Solche durch "polnische Einflüsse2 ausgelösten Bestrebungen bekämpften Vater wie Sohn.

Ein Echo dieser Angst des Königshauses vor der Freiheit findet sich noch ein halbes Jahrhundert später bei Friedrich, der nach dem Siebenjährigen Krieg 1768 über den Adel des östlichen Preußen schrieb: "Ich hatte Grund, mit dem Adel dieses Königreichs während des letzten Krieges unzufrieden zu sein; sie gebärdeten sich eher als Russen denn als Preußen und waren im Übrigen zu allen Niederträchtigkeiten fähig, deren man die Polen anklagt." Solche Aussagen könnte man vermehren; die Testamente der Hohenzollern sind von der Furcht durchzogen, der polnische Freiheitsbazillus könne Preußen anstecken.

Hervorgegangen war der polnisch-litauische Staat aus freiwilligen Zusammenschlüssen, die auch preußische und ostslawische Territorien in einem Verband zusammenführten. Solche bündischen Übereinkünfte verlangten angesichts der konfessionellen Unterschiede im östlichen Europa stets auch eine religiöse Duldung.

Aufnahme in das Weltdokumentenerbe der Unesco 2003

Am 28. Januar 1573 gaben die Eliten der überkonfessionellen Verständigung Verfassungsrang. Die Beschlüsse der Warschauer Konföderation erregten im Europa der Religionskriege, die blutige Bartholomäusnacht lag weniger als ein halbes Jahr zurück, Aufsehen und wurden sofort übersetzt. Im Wortlaut hieß es: "1. Verheischen und versprechen wir einander vor Uns und Unsere Nachkommen zu ewigen Zeiten kraft geleisteten Eidschwur bei Unserem guten Glauben, Ehren und Gewissen, dass Wir Uns obschon ungleich in Geistlichen Gewissenssachen gesinnt des lieben Friedens untereinander befleißen und wegen Übung dieser oder jener Religion oder Änderung des Gottesdiensts kein Menschen Blutt zu

irgendeiner zeit vergießen wollen. 2. Auch nicht einstimmen und nachgeben das einer den Anderen deswegen betrübe, mit Einziehung der Güter mit Gefängnis und Verweisung ängstige." Die einzelnen Artikel der Warschauer Konföderation von 1573 wurden 2003 in das Weltdokumentenerbe der Unesco aufgenommen. Sie sind europaweit das bedeutendste Dokument religiöser Toleranz aus der frühen Neuzeit.

Der Ton ist hoch und von Pathos getragen. Die Überzeugung, Blutvergießen verhindern zu wollen, machte das Ereignis zu einer europäischen Sonderentwicklung. Neben Katholiken, Orthodoxen, Reformierten, Lutheranern und Antitrinitariern lebten Armenier, Juden, Karäer und islamische Tataren in Polen-Litauen, eine für die Zeitgenossen schwindelerregende religiöse Freiheit. Das, was Friedrich II. 170 Jahre später postulierte: "Wenn Türken und Heiden kähmen und wolten das Land pöpliren [= bevölkern], so wollen wier sie Mosqueen und Kirchen bauen", war in Polen-Litauen keine Aktennotiz sondern Realität.

In älteren polnischen Texten ist der Begriff der "polnischen Freiheit" omnipräsent. Er hatte mobilisierende Funktion, schuf ein Wir-Gefühl und wird tausendfach vom Adel – immerhin fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung – als Selbstbeschreibung verwandt. Dazu wurden die freie Wahl des Herrschers, die freiheitliche Regierungsform einschließlich des Widerstandsrechts und die Religionsfreiheit gezählt.

Diese Konzepte machten den Verband zu einem attraktiven Vorbild für die Nachbarn: Ein litauischer Adliger konnte, wenn er sich auf "polnische Freiheit" berief, gegenüber den eigenen Bojaren neue Unabhängigkeit gewinnen. Ostslawische (modern gesprochen ukrainische und belarussische) Eliten mussten sich historisch wiederholt zwischen Moskau und Polen entscheiden. Dass die Wahl zwischen "Moskauer Tyrannei" und "polnischer Freiheit" auf letztere fiel, war verständlich.

Im Westen waren die Folgen ähnlich. Insbesondere livländische und preußische Adlige fühlten sich von der Freiheit angezogen und wurden zu Polen: Daher die Denhof-Dönhoffs, die Hylzen-Hülsen, die Manteuffels, Platers und Tyzenhauz-Tiesenhausen in der polnischen Geschichte. Die Stadtbürger von Danzig oder Thorn fassten dagegen ihre städtischen Freiheiten selbst als "preußische Freiheiten" auf und bewahrten mehrheitlich eine freiheitlichpreußische Identität. Das hieß aber nicht, das die Danziger nicht auch eine Loyalität zu Polen entwickelten, nur die sprachlich-soziale Differenz und das Bewusstsein der städtischen Eigenart machte eine polnische Identität selten.

Zugleich entstand aber im 17. Jahrhundert in Polen die Stereotypie einer "deutschen Unfreiheit", denn die deutschen Habsburger strebten immer wieder nach dem polnischen Thron. Auf deutscher Seite sprach man vom überzogenen polnischen laissez-faire und von "polnischer Unordnung".

Hier kommt erneut Friedrich II. ins Spiel: 1781 hieß es in einer Ordre aus seinem Kabinett an die Verwaltung an der Weichsel, als Abgaben nicht gezahlt wurden: "Das ist alles die liederliche polnische Wirtschaft der dortigen Edelleute Schuld, die sich nicht zur Ordnung gewöhnen wollen ..." Dies ist der erste Nachweis des Begriffs. "Deutsche Ordnung" – den Begriff gibt es in den Akten – und liederliche "polnische Freiheit", so entstand eine scharf ausgrenzende Nationalstereotypie.

Freiheit im deutschen Osten war auch immer ein Stück weit polnische Freiheit

Allerdings machten sich längst nicht alle Deutschen diesen ausgrenzenden Blick auf Polen zu eigen. Lessing sprach 1769 dem Preußen Friedrichs Liberalität ab: "Sonst sagen Sie mir von Ihrer Berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben, ja nichts! Sie reduciert sich einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion so viele Sottisen zu Markte zu bringen, als man will. [...] lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Unterthanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist."

Von außen erschien die preußische Politik als antiliberal. Der Schweizer Historiker Johannes von Müller sah in den Teilungen Polens eine Bedrohung der europäischen Freiheit und schrieb an einen Freund: "Hast du die ungerechte Eroberung von Großpolen in der Zeitung gelesen? Dafür sitzt vielleicht dieser König in unserer Noth still. Indes die Despoten am Untergang der europäischen Freiheit arbeiten, erhebt sich eine neue Republik im Norden von Amerika." Die polnisch-amerikanische Parallele besitzt für Polen bis heute Bedeutung.

Auch Deutsche setzten sich später für die polnische Freiheit ein. Johann Wirth äußerte 1832 beim Hambacher Fest: "Die Ursache der namenlosen Leiden der europäischen Völker liegt einzig und allein darin, dass die Herzöge von Österreich und die Kurfürsten von Brandenburg den größten Teil von Deutschland an sich gerissen haben." Dagegen hoffte er auf Volkssouveränität: "Das Volk verteidigt, wo die Könige verfolgen, das Volk gönnt das, was es selbst mit seinem Herzblut zu erringen trachtet, und, was ihm das Teuerste ist, die Freiheit, Aufklärung, Nationalität und Volkshoheit, auch dem Brudervolke: das deutsche Volk gönnt daher diese hohen, unschätzbaren Güter auch seinen Brüdern in Polen." In Hambach symbolisierten Schwarz-Rot-Gold und das polnische Weiß-Rot die Verbindung zwischen deutscher und polnischer Freiheit.

In der deutschen Öffentlichkeit beerdigt wurde diese Vorstellung im ersten demokratischen Parlament, in der Paulskirchenversammlung 1848. Unter dem Beifall der Mehrheit formulierte Wilhelm Jordan die neue imperialistische Doktrin: "Unser Recht ist kein anderes als das Recht des Stärkeren, das Recht der Eroberung. Ja, wir haben erobert. Die Deutschen haben polnische Länder erobert".

Freiheit im deutschen Osten war immer auch ein Stück weit polnische Freiheit. Die ostdeutschen Dissidenten, die in den 1980ern wegen der kulturellen Freiheit nach Polen gingen und die polnische Solidarität als Voraussetzung für den Mauerfall sind moderne Aspekte dieses Verhältnisses. Wenn wir den 300. Geburtstag "Friedrichs des Großen" feiern, sollte auch an Friedrich als Verächter "polnischer Freiheit" und Politiker erinnert werden, der ein gerüttelt Maß zur deutsch-polnischen Verfeindung beitrug.

Hans-Jürgen Bömelburg ist Professor für osteuropäische Geschichte in Gießen. Sein neuestes Buch, "Friedrich II, zwischen Deutschland und Polen", erschien vergangenes Jahr im Alfred-Kröner-Verlag, Stuttgart.